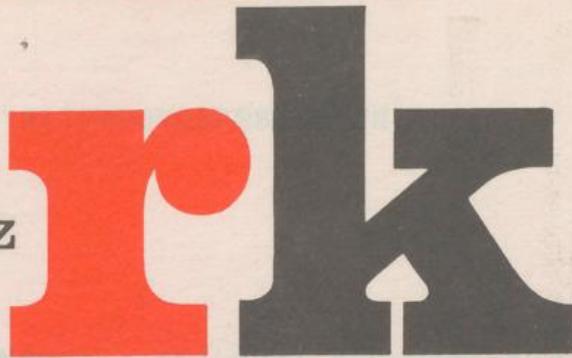


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Donnerstag, 17. Dezember 1981

Blatt 3444

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: 1982: Jeden Donnerstag Ämter in den Abendstunden
(rosa) Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters
Land Wien feierte 60. Geburtstag
Graz ordnet Öffnung der Steinhofgründe an
Graz empfängt "Plakat-Beamte"
Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte

"Zeig Herz -
hilf mit!": Mobile Sozialberatung in der Mariahilfer Straße

Nur
Über FS: 16.12. Benzin zum Ofenentzündeln: 2 Verletzte
17.12. Dem Winter ein Schnippchen geschlagen
Wiener Budget 1982 beschlossen

Mobile Sozialberatung in der Mariahilfer Straße

=++++

1 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER und Mitarbeiter des Sozialamtes werden kommenden Samstag, den 19. Dezember, von 15 bis 18 Uhr im Rahmen einer "Mobilen Sozialberatung" in der Passage am Getreidemarkt (U-Bahn-Station Mariahilfer Straße) Informationen und Auskünfte bei sozialen Fragen und Problemen geben. Darüber hinaus besteht aber auch die Möglichkeit, sich bei dieser Gelegenheit über alle sozialen Einrichtungen und Hilfen zu informieren. Der Presse- und Informationsdienst wird bei dieser Veranstaltung mit einem Informationsstand vertreten sein, bei dem sich die Wienerinnen und Wiener über die Sozialkampagne "Zeig Herz - hilf mit!" der Stadt Wien informieren können. "Herz-Mädchen" werden allen Interessierten Informationsmaterial überreichen. (Schluß) zi/gg

NNNN



1982: Jeden Donnerstag Ämter in den Abendstunden

=++++

2 #Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Eine neue Dienstleistung der Stadtverwaltung kündigte Stadtrat Franz NEKULA für 1982 an: Am Donnerstag werden jeweils - analog zu den Öffnungszeiten der Banken - Bezirksämter und zentrale Dienststellen bis 17.30 Uhr zur Verfügung stehen. #

Unter Berücksichtigung der Vorstellungen der Personalvertretung wurden auf Grund der im 21. und 22. Bezirk gewonnenen Erfahrungen jene Dienststellen ausgewählt, hinsichtlich derer ein entsprechender Bedarf der Bevölkerung besteht.

Im einzelnen sind für die versuchsweise Ausweitung der Dienststunden folgende Dienststellen vorgesehen:

1. Die in den Bezirksamtshäusern untergebrachten dezentralen Verwaltungsstellen, das sind die magistratischen Bezirksämter, die Stadtkassen (MA 6), Bezirksjugendämter (MA 11), Außenstellen der Baupolizei (MA 37) und die Standesämter (MA 61). Für die Sozialreferate (MA 12) ist vorgesehen, daß jene Sozialreferate, bei denen die personellen Voraussetzungen bestehen, der Abendparteiverkehr eingeführt wird. Wo dies nicht möglich ist, steht auf allen Fällen die Sozialberatung zur Verfügung. Bei den Bezirksgesundheitsämtern (MA 15) und Veterinärämtern (MA 60) sind auf Grund der Erfahrungen im Dezentralisierungsversuch keine verlängerten Dienststunden notwendig.
2. In den zentralen Verwaltungsstellen wird bei den Magistratsabteilungen 21 (Flächenwidmungsplan - Auskunfts- und Einsichtsverfahren), 22 (Beratung in Umweltschutzangelegenheiten), 28 (Gehsteigerstellung, Aufgrabungen), 31 (Herstellung von Anschlußleitungen), 37 (Dezernat für die Bezirke 1 bis 9 und 20), 46 (Verkehrspermanenzstelle, Landesfahrzeugprüfstelle), 50 (Außenstellen in den Bezirken, Wohnbeihilfenstellen, Wohnungsberatungszentrum) und 52 (Allgemeine Wohnungsangelegenheiten, Wohnungstausch)Parteiverkehr in den Abenstunden eingerichtet werden. (Schluß) en/bs

NNNN

17. Dezember 1981

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3447

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters

=++++

4 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Dienstag, dem 22. Dezember, findet um 11.30 Uhr im Konferenzsaal des Presse- und Informationsdienstes (Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse) das voraussichtlich letzte Pressegespräch dieses Jahres mit Bürgermeister Leopold GRATZ statt. (Schluß) sti/ap

NNNN

Land Wien feierte 60. Geburtstag

=++++

5 #Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Bundespräsident Dr. Rudolf KIRCHSCHLÄGER war der prominenteste unter den vielen Ehrengästen, die Mittwoch abend dem Bundesland Wien zum 60. Geburtstag gratulierten. Landeshauptmann Leopold GRATZ hatte die Wiener Gemeinde- und Bezirksmandatäre in den Festsaal des Rathauses eingeladen. "Wir feiern nicht die Trennung von Niederösterreich", sagte Gratz in seiner Festrede, "sondern den Tag, an dem es der Stadt Wien ermöglicht wurde, gleichberechtigt und ohne Bevorzugung oder Benachteiligung als eines von neun Bundesländern zu handeln."#

Gratz unterstrich, daß sich die Zusammenarbeit zwischen Niederösterreich und Wien gerade in den letzten Jahren sehr gut entwickelt hat. "Die Beziehungen sind heute viel besser", sagte Gratz, "als in jener Zeit, in der Wien ein Teil von Niederösterreich war und gegen die vorgesetzten Landesstellen kämpfen mußte."

(Schluß) sti/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

6 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat setzte Donnerstag seine am Vortag unterbrochene Sitzung mit den Budgetberatungen über die Geschäftsgruppe Umwelt und Freizeit fort.

Bei der Luftverschmutzung liegt Wien im Spitzenfeld der österreichischen Städte, sagte GR. Dipl.-Ing. DDR. STRUNZ (ÖVP). Die gefährliche Konzentration von Blei infolge des Autoverkehrs ist nicht geringer geworden, nicht zuletzt auch im Bereich der freigegebenen Rasenfläche bei der Votivkirche.

Die Verbauung der Steinhofgründe hätte dort zu einer Verringerung der Luftfeuchtigkeit geführt. Er freue sich, sagte Strunz, daß die SPÖ hier einen Denkmittel bekam.

Die Kleinparks in Wien sind oft nur ungenügend gegen Autoabgase geschützt. Im Erholungsgebiet Prater gibt es gefährliche Kreuzungen. Die Autoraserei sollte dort eingedämmt werden. Notwendig ist der sofortige Einsatz von Alternativsalzen bei der Streuung. Wie lange dauert es noch, fragte Strunz, bis der Waldlehrpfad im Prater wieder instandgesetzt wird. Ein wichtiges Problem ist auch die Frage der besseren Luft in Innenräumen. In Erdgasküchen ist die Schadstoffkonzentration oft sehr hoch. Die Stadtwerke müssen sich da aktiv einschalten. Auch in Schulklassenzimmern gibt es das Problem mangelnder Luftfeuchtigkeit. In den Klassenräumen sollten Grünpflanzen aufgestellt werden. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

7 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Dr. MAUTHE (ÖVP) kritisierte die Aktion "Ganz Wien trägt Grün". Dr. Mauthe forderte Stadtrat SCHIEDER auf, detailliert zu sagen, wo die Bäume gepflanzt worden seien. "Sag mir, wo die Bäume sind, wo sind sie geblieben?", meinte Dr. Mauthe und stellte fest, daß besonders in den innerstädtischen Bezirken ein Baummangel bestehe. (Forts.) fk/bs

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

8 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Umweltschutz erfordert ein Umdenken bei den Bürgern dieser Stadt, aber auch in der Wirtschaft, erklärte GR. Friederike SEIDL (SPÖ). Die größte Belastung verursachen die Autos. Im nächsten Jahr wird eine Studie vorliegen, wie die Autofahrer durch ihr Fahrverhalten, aber auch durch eine richtige Vergasereinstellung, "umweltbewußter" fahren können. Wien fordert schon lange die Herabsetzung des Bleigehaltes im Benzin. Forschungsergebnisse der Umweltschutzabteilung boten gute Unterlagen für das zuständige Bundesministerium. Man sollte den Lärmschutz nicht nur auf neuzubauende Straßen beschränken, man sollte auch die Häuser am Gürtel "schützen".

Seidl begrüßte den Ankauf eines Umweltschutzcomputers. Mit dem Computer kann nun exakt der Standort von Großemittenten ermittelt werden. Es ist möglich, Prognosen für die Umweltbelastung aufzustellen und daher rechtzeitig Gegenmaßnahmen zu setzen. (Forts.) sei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

9 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) kritisierte, daß es unter Stadtrat SCHIEDER zuwenige Sitzungen des Landesportrates gegeben habe. Die Mitglieder des Landesportrates wurden unzureichend über den geplanten Bau des Eisstadions in Favoriten, des Horr-Stadions und die Weltmeisterschaft für Ruderer informiert. Das Gesetz, wonach alle Angelegenheiten des Sports im Landesportrat erörtert werden sollen, werden nicht erfüllt. StR. Schieder sei es gelungen, dem "Tag des Sports" ein "Begräbnis erster Klasse" zu beschere. Für das Horr-Stadion wurde eine Subvention von 30 Millionen mit der Auflage der Fertigstellung bis Oktober 1981 vergeben. Tatsächlich wurden zu dieser Zeit jedoch erst die Arbeiten ausgeschrieben. Er bemängelte weiter, daß der Landesportrat ohne Vorsitzenden sei. Das Sportstättenleitkonzept, das ihm, Arthold, vor kurzem übergeben wurde bezeichnete er als "Frozzelei", da es sich dabei nur um einen Computerausdruck der Wiener Sportstätten handle - eine Bestandsaufnahme, die vom österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau durchgeführt wurde. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

10 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) GR. LUDWIG (SPÖ) stellte fest, daß der Landessportrat ein wichtiges Instrument ist, das gut funktioniert. Die Stadt Wien leistet mehr im Sportbereich als viele andere Städte. Die ÖVP macht Sachfragen im Bereich des Sports immer wieder zu politischen Prestigefragen. Zur Eissportanlage Nothnagelplatz hat selbst ein Vertreter der Union gemeint, daß die Diskussion über den sportlichen Bereich hinaus aufgebauscht wird. GR. ARTHOLD will den Landessportrat zur politischen Bühne machen. Wenn es manchmal bei den Verbänden nicht funktioniert, könne man die Stadt Wien nicht dafür verantwortlich machen. Die Wiener verstehen, daß auch der Spitzensport gefördert wird. Eines könne man nicht sagen: daß sich im Sportgeschehen in Wien nichts rührt.

Es soll umgehend ein Konzept zur Nutzung der städtischen Sommerbäder für zusätzliche Freizeit-, Sport und Erholungsmöglichkeiten im Sommer und im Winter ausgearbeitet werden. Diesen ÖVP-Antrag stellte GR. NEUMANN (ÖVP).

Durch die Fertigstellung der Donauinsel verlieren viele städtischen Sommerbäder an Attraktivität, die Besucherzahlen sinken. Die Benützung einiger städtischer Sommerbäder soll daher auch im Winter, beispielsweise als Eislaufplatz überlegt werden. Neumann hob hervor, daß die Errichtung der drei Bezirkshallenbäder durch einen privaten Manager besonders kostengünstig war. Auch die Termine wurden eingehalten. Das Freizeitangebot soll stärker dezentralisiert werden. Statt zentralen Großprojekten soll es viele kleine Sportanlagen geben. Neumann forderte mehr Ausgewogenheit des Spitzen- und Breitensports und eine stärkere Förderung von privaten Initiativen. (Forts). ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

12 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) GR. BITTNER (ÖVP) verwies darauf, daß im Bereich der Donauinsel mit dem alten Überschwemmungsgebiet schon immer ein Erholungsgebiet war. Er bemängelte, daß sich derzeit zwischen Langenzersdorf und der Floridsdorfer Brücke kein Übergang zur Donauinsel befindet und damit die Bewohner der Schwarzlackenu und die aus Jedlesee keinen direkten Zugang zur Insel haben. Ferner sagte Bittner, es gäbe nun in diesem Bereich keine Fußballspielplätze und keine Sportplätze der offenen Tür, auch das Parkplatzproblem sei noch nicht gelöst.

GR. Leopoldine PFAUSER (SPÖ) sagte, die Opposition verkenne offensichtlich den hohen Erholungswert, den Wien seinen Bewohnern bietet. 56 Prozent der Fläche Wiens sind Erholungsgebiete. Mit Aufforstungen wie am Laaer Berg und am Bisamberg, mit Stadtwanderwegen und Radwegen, mit der Gestaltung der Donauinsel und des Dammbereiches am rechten Donauufer arbeitet die Stadt Wien weiter daran, daß die Wiener in ihrer Stadt genügend Erholungsmöglichkeiten vorfinden. 400 Millionen werden 1982 für den Donauhochwasserschutz ausgegeben, auch die Schwechat und der Liesingbach werden weiter reguliert. Nach ihrer Fertigstellung wird die Donauinsel - mit der U-Bahn erreichbar - ein 300 Hektar großes Freizeitareal sein. Weiter wies Pfauser auf die zahlreichen Freibäder, Hallen- und Saunabäder in Wien hin. Mit den Hallenbädern, die in der Brigittenau und in Kagran entstehen, mit der Sanierung des Amalienbades werden gemäß dem Bäderkonzept der Stadt Wien weitere Bade- und Sportmöglichkeiten geschaffen. Zahlreiche Aktionen für Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene sorgen dafür, daß die Wiener jede Möglichkeit haben, Sport zu betreiben. Insgesamt gibt die Stadt Wien 47 Millionen für Sportförderung aus und dient auch damit dem Ziel, die Lebensqualität in Wien zu erhalten und zu verbessern. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

14 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat SCHIEDER (SPÖ) nahm zu zahlreichen von seinen Vorrednern aufgeworfenen Fragen Stellung. Der Baufortschritt auf der Donauinsel und am rechten Ufer ist entsprechend. Dies ist an Hand der Unterlagen nachweisbar. Zur Frage der SO₂-Emission stellte Schieder fest, daß in Wien pro Quadratkilometer und Jahr 98 Tonnen anfallen, während es in Linz 300 Tonnen und in Salzburg 72 Tonnen sind. Die Schlacke aus Wirbelschichtfeuerungen beinhaltet Schadstoffe und stellt Sondermüll dar, der unter besonderen Vorkehrungen beseitigt werden muß. Ohne vorhergehende genaueste Prüfung ist deshalb eine Verwendung als Streumittel nicht möglich.

1.158 Veitschi wurden an die Naturschutzjugend abgegeben und von dieser gepflanzt, rund 1.200 wurden vom Stadtgartenamt an Bürger zur Pflanzung verteilt bzw. selbst verpflanzt. Im kommenden Jahr wird diese Aktion fortgesetzt. 5.000 junge "Mauerkätzchen" werden im Frühjahr bereit stehen.

500.000 Bäume wurden gepflanzt. In den Bezirken 1 bis 9 waren es 2.500, darunter auch in zahlreichen Alleen. In den innerstädtischen Gebieten ist wegen der Einbauten nicht überall eine Baumpflanzung möglich. Vor einer Pflanzung wird genau untersucht, ob für den Baum auch der entsprechende Lebensraum gegeben ist. Die Baumpflanzung in der Schrankgasse wird noch erfolgen, allerdings ist ein entsprechender Baufortschritt bei der Garage notwendig.

Die grünen Fähnchen werden, soweit sie nicht kaputt sind, aufbewahrt und weiterverwendet.

Bei der großen Besprechung über die B 225 war die MA 22 vertreten und hat auch eine Stellungnahme abgegeben. (Forts.)

ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

15 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Beim Horr-Stadion ist der Wiener Fußballverband vertraglich einer Kontrolle durch das Kontrolamt und die beteiligten Fachdienststellen unterworfen, betonte Schieder.

Er, Schieder, werde ab Jänner den Vorsitz im Landessportrat übernehmen.

Die Untersuchung über eine Winternutzung der Sommerbäder ist seit einem halben Jahr im Gange.

Mit dem Bau einer Brücke über die Neue Donau bei der Ubfuhrstraße wird im Frühjahr 1982 begonnen. Auch im Mittelteil der Donauinsel sind Flächen für Sportplätze der offenen Tür vorgesehen.

Auf dem Grün- und Umweltgebiet geschieht wesentlich mehr, als die Opposition glaubt, zahlreiche Maßnahmen für die Wienerinnen und Wiener werden gesetzt, schloß Schieder. (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

16 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.Ing. DDr. STRUNZ (ÖVP) meldete sich nochmals zu Wort und erklärte, jeder Einwohner Wiens gebe täglich rund drei Gramm Phosphor ins Kanalnetz ab. Das ergibt täglich 4,5 Tonnen insgesamt. 50 Prozent davon gehen in den Schlamm. Dieser Phosphor könne dann, sagte STRUNZ weiter, mittels Ionenaustausch gereinigt werden. Und diese gereinigte Lösung könne dann auf Phosphate für den Streudienst aufbereitet werden.

GR. ARTHOLD (ÖVP) legte in seiner neuerlichen Wortmeldung das Protokoll der abschließenden Projektbesprechung der B 225 vom 10. Juli 1981 vor. Aus diesem Protokoll gehe eindeutig hervor, daß die Magistratsabteilung 22 an dieser Sitzung nicht teilgenommen haben.

GR. ARTHOLD erhob den Vorwurf, daß zur Ausbildung der Sportfunktionäre zu wenig getan werde und übte Kritik an der Aktion "Komm zum Sport". StR. SCHIEDER solle sich besser darum kümmern, daß die leeren Turnsäle der Bevölkerung zu den Wochenenden zur Verfügung stünden. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

17 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) StR. SCHIEDER nahm zu den Vorwürfen von GR. ARTHOLD (ÖVP) Stellung und hob hervor, daß für die Sportvereine in Wien sehr viel geleistet werde. Er selbst besuche sehr oft diese Vereine und wisse daher, was diese wirklich benötigen.

Zum Thema Frauen im Sport meinte StR. Schieder, daß es für ihn eine ganz konkrete Aufgabenstellung sei, die im Interesse der Bevölkerung gelöst werden müsse. Es gehe ihm darum, daß Familien gemeinsam Sport betreiben können.

Zur Kritik, daß die Magistratsabteilung 22 an der Schlußsitzung der Projektbesprechung der B 225 nicht anwesend gewesen sei, verwies StR. Schieder auf einen Aktenvermerk, der dem Protokoll dieser Schlußsitzung beiliegt. Aus diesem Aktenvermerk gehe eindeutig hervor, daß die Magistratsabteilung 22 bereits in Vorgesprächen mit der Magistratsabteilung 18 eine völlige Übereinstimmung erzielen haben können. Eine Teilnahme der Magistratsabteilung 22 sei daher nicht mehr nötig gewesen. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Straße, Verkehr und Energie

=++++

18 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) 1982 wird durch die Verbesserung des öffentlichen Verkehrssystems, durch Maßnahmen im Straßen- und Brückenbau und durch Aktionen zur Verkehrsberuhigung die städtische Lebensqualität in Wien verbessert, erklärte Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ). In diesem Jahr wird das U-Bahn-Grundnetz fertiggestellt, mit dem Bau der U 6 begonnen, einige neue Autobuslinien eingerichtet, die Brigittenauer Brücke und die Flughafen-Autobahn dem Verkehr übergeben und versucht, die Idee der Wohnstraße an einigen Beispielen in die Praxis umzusetzen.

Noch heuer wird die U 4 bis zur Endstation in Hütteldorf verlängert. Die Fertigstellung erfolgt um vier Monate früher als geplant. Ab 3. September 1982 wird die U 1 bis nach Kagran fahren. Gleichzeitig tritt eine neue Organisation des gesamten öffentlichen Verkehrsnetzes im ganzen 22. Bezirk in Kraft. Unter anderem wird es wieder eine Straßenbahnverbindung zwischen Floridsdorf und Kagran geben.

Für die zweite, große U-Bahn-Bauphase laufen derzeit die Planungen für die Linien U 3 und U 6. 1982 soll mit der Errichtung der künftigen U 6-Station beim Allgemeinen Krankenhaus begonnen werden. Verbesserungen im übrigen öffentlichen Verkehrsnetz bringen die Errichtung einer vollkommen neuen Autobuslinie im Süden Wiens, der sogenannten "Spitalslinie", und Intervallverbesserungen und Beschleunigungsmaßnahmen bei Bus und Straßenbahn.

Beim Brückenbau ist die Fertigstellung der Brigittenauer Brücke zu erwähnen, die Bauarbeiten an der Rossauer Brücke sind im vollen Gang. 1982 wird mit dem Bau einer Brücke über die Neue Donau zur Donauinsel in Floridsdorf begonnen. Ebenfalls begonnen wird der Neubau der Ameisbrücke. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Straße, Verkehr und Energie

=++++

19 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Mit der Fertigstellung der Flughafen-Autobahn ist Ende 1982 zu rechnen. Die Arbeiten beim Franz-Josefs-Kai werden ebenfalls 1982 fertig sein. Die neugestaltete Praterstraße wird 1982 provisorisch und 1983 endgültig fertiggestellt.

In wenigen Tagen tritt eine neue Verkehrsorganisation in der Inneren Stadt in Kraft. Damit wird ab 28. Dezember der Innenring dem Durchzugsverkehr nicht mehr zur Verfügung stehen und durch zwei Schleifen ersetzt werden. Man wird diese Lösung zur Verkehrsberuhigung einige Monate lang beobachten und falls notwendig, entsprechende Modifikationen vornehmen.

Die Kühfußgasse in der Nähe der Peterskirche soll 1982 Fußgängerzone werden. 1982 sollen auch die ersten provisorischen Wohnstraßen in verschiedenen Bezirken eingerichtet werden.

Mit all diesen Maßnahmen wird die Verkehrs- und Umweltsituation in Wien weiter verbessert, schloß Hofmann. (Forts.) sei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Straße, Verkehr und Energie

=++++

20 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) verlangte eine Trennung des Energiebereichs vom Verkehrsressort und ging dann eingehend auf Möglichkeiten und Vorteile der Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs am Beispiel der Straßenbahnlinie 71 ein. So könnten aufgrund seiner Berechnung den Passagieren dieser Linie innerhalb eines Jahres eine Million Stunden erspart werden, es könnten aber auch sechs Triebwagen, sechs bis sieben Beiwagen und 15 Fahrer und Schaffner eingespart werden.

Hinsichtlich der U-Bahn verwies Pawkowicz auf den bereits vorgelegten Vorschlag, den Bau der U 3 zurückzustellen und statt dessen andere Schwerpunkte bei U 6 und Vorortelinie zu setzen. Wichtig wäre eine Verknüpfung der Vorortelinie mit der U 4 in Hütteldorf sowie eine Verlängerung der Vorortelinie zur Verbindungsbahn, eine Tieflegung der Trasse unter dem Wienfluß und im Bereich von Hietzing. Grundsätzlich trat er für eine Verknüpfung des tangentialen und des radialen Netzes ein.

Pawkowicz gab zu bedenken, daß die Schaffung von Park-and-Ride-Standorten nicht nur aus dem Gesichtspunkt des Umsteigens von Individual- zum öffentlichen Verkehr zu sehen ist, sondern auch im Hinblick auf die Entlastung der innerstädtischen Bereiche vom ruhenden Verkehr.

Die Errichtung der Roßauer Brücke beurteilte Pawkowicz als positiv, verlangte aber gleichzeitig den möglichst baldigen Bau der Uraniabrücke. Im Wiener Budget finde sich dafür kein Ansatz, während der Bund bereits 10 Millionen budgetiert habe.

Abschließend forderte GR. Pawkowicz, die Gutachten von Experten und Konsulenten zu berücksichtigen und im Interesse des Gesamtverkehrs umzusetzen. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Straße, Verkehr und Energie

=++++

21 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Wie sehen die arbeitsplatzsichernden Maßnahmen der Stadt Wien beim U-Bahn-Bau aus?, fragte GR. Ing. KREINER (ÖVP). Das von Bürgermeister Gratz angekündigte "planmäßige, zügige Vorgehen" ist dem Rotstift des Finanzstadtrats zum Opfer gefallen. Der Budgetvoranschlag weist geringere Ausgaben für den U-Bahn-Bau gegenüber dem Vorjahr von 571,5 Millionen S aus. Im Finanz- und Investitionsplan übersteigen die Minderausgaben sogar eine Milliarde. Sonderrücklagen sind keine vorhanden. Trotz Vereinbarungen und Vorauszahlungen der Stadt Wien zahlt der Bund nichts zum U-Bahn-Bau. GR. Kreiner vermutete interne Streitigkeiten zwischen der Bundes- und der Wiener SPÖ. Die tatsächlichen Mittel für den U-Bahn-Bau aus dem allgemeinen Budget betragen nur 206 Millionen. Alle anderen Gelder sind zweckgebundene Mittel, die zwingend für den U-Bahn-Bau verwendet werden müssen. Kreiner urgierte den künftigen Ausbau der Verbindungsbahn der Donauländebahn und der Verbindung zwischen Heiligenstadt und Traisengasse. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Straße, Verkehr und Energie

=++++

22 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) GR. RAUTNER (SPÖ) wies darauf hin, daß das Budget der Stadt Wien 1982 insgesamt 13,5 Milliarden vorsieht, die dem Bauhaupt- und Nebengewerbe zukommen und daß damit die Arbeitsplätze von 20.000 Bauarbeitern gesichert werden. Gemeinsam mit den Aufwendungen des Bundes bedeutet das eine wesentliche Unterstützung für die Bauwirtschaft und einen Beitrag dazu, daß in Österreich durch die sozialistische Wirtschaftspolitik die sozialen Verhältnisse wesentlich besser sind als in anderen Ländern - und das bei ebenso viel geringerer Pro-Kopf-Verschuldung. Der ÖVP warf Rautner vor, einerseits vom Zubetonieren zu reden und andererseits mehr Beton zu verlangen. Wenn sich die ÖVP als grüne Partei gibt, so dient das nur politischen Zielen und dem "Privilegiengrün". Wenn in Zukunft ÖVP-Genossenschaften im Grünen bauen wollen, so wird man auch hier sehr strenge Maßstäbe anlegen müssen.

Anschließend wandte sich Rautner einem Artikel von Stadtrat Mauthe im Kurier zu. Mauthe habe ihm hier eine Reihe von Ausdrücken in den Mund gelegt, die er nicht gesagt hat, und Zielsetzungen unterstellt, die er nicht auf sich sitzen lassen könne. Wenn er als gefährlich und militant hingestellt werde, könne er das nicht hinnehmen, sagte Rautner. Endgültig höre es sich auf, wenn als Folge dieses Artikels seine Familie bedroht werde. So kann man nicht Politik machen, schloß Rautner, wenn man daran interessiert ist, auch wieder gemeinsam zu arbeiten und gemeinsam Probleme zu lösen. Die SPÖ jedenfalls wird fortfahren - und das zeigt auch das Budget 1982 - für die Bevölkerung und für die Arbeitnehmer zu arbeiten. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Straße, Verkehr und Energie

=++++

23 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Stdttrat Dr. MAUTHE (ÖVP) nahm zu den Ausführungen seines Vorredners Stellung. Es sei um folgenden Satz gegangen: "Wir werden die Mehrheit der Bevölkerung mobilisieren und die Grünen von Mann zu Mann stellen". Falls Sie dies nicht gesagt haben, meinte Mauthe in Richtung GR. Rautner, dann distanzieren Sie sich davon! Entschuldigen sollte sich Herr GR. Rautner, schloß Mauthe.

Für Straßen und Brücken stehen im Budget 1982 um 150 Millionen weniger zur Verfügung als im Vorjahr, sagte GR. DALLER (ÖVP). Die autogerechte Stadt gibt es nicht, aber es muß doch einiges getan werden, um den notwendigen Autoverkehr sicherzustellen. Der Straßenzustand vieler Gemeindestraßen wird weiterhin desolat bleiben, der Gemeindestraßenbau geht seinem Ende entgegen. Die für Lärmschutzmaßnahmen zur Verfügung stehende Million hat lediglich eine Feigenblattfunktion. Auch bei Gemeindestraßen kommt es häufig zu Lärmbelästigungen. Flüsterbeläge könnten hier eine Verbesserung bringen. Für die Behebung von Frostschäden stehen mit 25 Millionen zu wenig Mittel zur Verfügung. Der schlechte Straßenzustand, fehlende Verkehrsampeln und die mangelhafte Beleuchtung von Schutzwegen sind Mitursache von zahlreichen Verkehrsunfällen. Die Budgetansätze lassen einen ernsthaften Willen zum Handeln nicht erkennen, schloß Daller. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Straße, Verkehr und Energie

=++++

24 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) GR. RIEDLER (SPÖ) verwies darauf, daß für den Ausbau der Radwege in Wien wesentlich mehr Geld ausgegeben werden als in den vergangenen Jahren. Vor allem im Zug von Straßenneubauten, zum Beispiel bei der Praterstraße und der Lassallestraße werden Radwege angelegt. Als erfreulich bezeichnete es Riedler, daß er im kommenden Jahr eine Radwegeverbindung vom Bereich Tullner Feld über die Klosterneuburger Straße-Donaukanal-Praterstraße bis zur Donauinsel geben werde.

Einen weiteren Schwerpunkt stellt im nächsten Jahr die Errichtung von verkehrsberuhigter Zonen dar. Derartige verkehrsberuhigte Zonen, die mit Bänken zum Verweilen, mit Spielflächen für Kinder ausgestaltet werden sollen, könnten jedoch nur mit dem Einverständnis der Mehrheit der Anrainer verwirklicht werden.

GR. RIEDLER sprach der Wiener Wirtschaft seinen Dank dafür aus, daß sie im Rahmen der Dienstgeberabgabe 2,9 Milliarden das sind 13 Prozent Gesamtbaukosten, für den Bau der Wiener U-Bahn aufgebracht habe. Als erfreulich bezeichnete es Riedler, daß kommenden Sonntag die Fertigstellung des U-Bahn-Grundnetzes gefeiert wird. GR. Riedler appellierte an die ÖVP, das Problem der Otto-Wagner-Brücke über die Wienzeile nicht als politisches Problem hochzuspielen. Es sei eine technische und wirtschaftliche Frage. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Straße, Verkehr und Energie

=++++

26 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) StR. Ing. HOFMANN (SPÖ) nahm zu einigen Debattenbeiträgen Stellung. Das Jahr 1982 ist für den U-Bahnbau in Wien ein Übergangsjahr. Das Grundnetz wird fertiggestellt, die 2. Bauphase ist im Anlaufen. Außerdem wird das Finanzierungssystem umgestellt. Der Bund übernimmt ab nun 50 Prozent der Kosten. Vorleistungen für die U 3 wurden von der Stadt Wien in Rechnung gestellt. Derzeit wird zwischen einem Beamtenkomitee des Bundes und der Stadt Wien über diese Materie verhandelt.

Hofmann sprach sich für die Verlängerung der U 3 in Richtung Thaliastraße und der U 6 nach dem Norden aus. Man sollte diese Verlängerungen in den bestehenden Staatsvertrag mit dem Bund einbauen.

Es ist interessant, daß die ÖVP nun kritisiert, daß zu wenig Geld für den Straßenbau vorhanden ist. In den letzten Jahren war es der ÖVP immer zuviel Geld und sie warf der SPÖ vor, die Stadt zu "verbetonieren".

Die Ausgaben für die sogenannten "Flüsterbeläge" sind nicht unter Lärmschutz zu finden, sondern bei den normalen Straßenbaumitteln.

In der Magistratsabteilung 46 ist ein eigenes Sicherheitsreferat eingerichtet. Dieses Referat hat viele Vorschläge zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Wien gebracht. Allerdings wird man Verkehrsunfälle nie ganz verhindern können.

Ein eigenes Energieressort wäre zu begrüßen. Bisher wurden die verfassungs- und steuerrechtlichen Probleme jedoch noch nicht gehört. (Forts.) sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Schlußwort Stadtrat Mayr

=++++

27 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort äußerte sich Stadtrat MAYR (SPÖ) kritisch zu Äußerungen des Präsidenten der Handelskammer Wien, der im Wissen um überparteiliche Lösungsversuche für die Probleme der Bauwirtschaft einen Baugipfel verlangt habe. Ähnliches gelte auch für das Problem von Lehrlingen, die auf Grund weniger günstiger Schulabschlüsse keine Lehrstelle finden konnten. Auch hier bestehe das gemeinsame Bemühen um eine Lösung des sachlich gegebenen Problems.

Er begrüße es, sagte Mayr weiter, daß das Budget zu 99 Prozent die Zustimmung aller Parteien gefunden habe. Es bestehe die Bereitschaft, die Stadterneuerung mit großem Nachdruck zu betreiben. Voraussetzung dafür ist jedoch der Beschluß des neuen Mietrechtes, das Pflichten und Rechte der Mieter regelt und normiert, daß die Erträge des Hauses für Erhaltung und Verbesserung zur Verfügung stehen müssen. Dieses Mietrecht tritt im kommenden Jahr in Kraft. Eine Maßnahme zur Mittelbeschaffung - die Besteuerung unvermieteter Wohnungen - wurde bereits angekündigt. Wenn Geld ausgegeben werden soll, muß man sich darüber einigen, woher es kommt - durch die Zurücknahme anderer Aktivitäten oder die Erschließung neuer Einnahmen. Dann müsse man sich jedoch zum Ergebnis dieser Vereinbarung bekennen und dies auch gegenüber dem Bürger vertreten. "Ich bin jedem, der dazu beigetragen hat, von diesem Platz aus zu reden und eine sachliche Atmosphäre herbeizuführen, zutiefst dankbar und verbunden, weil ich es für eine Notwendigkeit ersten Ranges halte", sagte Mayr abschließend. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Abstimmung zum Budget

=++++

28 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Das Budget wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. ein Gegen- oder Abänderungsantrag zum Budget lag nicht vor. Ein Antrag der SPÖ, zwölf öVP und sieben der FPÖ wurden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. Der SPÖ Antrag, wonach der Gemeinderatsausschuß vom 30. Oktober 1981 über die Bebauung der Steinhofgründe aufgehoben werden soll, wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag zur Überprüfung der Gebühren und Tarife wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Die Vorlage des Finanz- und Investitionsplans für die Jahre 1982-1986 wurde einstimmig zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Neuregelung der Wertgrenzen wurde einstimmig beschlossen.

Die "Erinnerungen zum Budget" wurden einstimmig den Ausschüssen zugewiesen. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Wirtschaftsplan der Stadtwerke

=++++

29 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) StR. Ing. HOFMANN (SPÖ) referierte über den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1982. Der Finanzplan weist im Jahr 1982 einen Geldbedarf von 22 Milliarden und eine Geldbedeckung von 19 Milliarden auf. Es ist ein Fehlbetrag von drei Milliarden zu erwarten, der durch Sperren von Geldbeträgen durch die E-Werke und die Gaswerke sowie durch Anleihen oder Kredite abgedeckt wird.

Die E-Werke rechnen mit einer Steigerung ihrer Stromabgaben um 3,5 Prozent auf insgesamt 5.846 Gigawattstunden. Die Fernwärmeabgabe wird das 2,4fache von 1980 ausmachen. Mehr als 60 Prozent des gesamten Strombedarfes wird durch die E-Werke selbst erzeugt. Schwerwiegend wirken sich die Erhöhungen der Energiepreise aus. Eine Tonne Heizöl wird 1982 voraussichtlich zwischen 3.533 bis 3.733 Schilling kosten, während im Jahre 1981 der Preis noch zwischen 2.300 bis 2.500 Schilling pro Tonne lag. Auch der Erdgaspreis hat von 2,64 Schilling pro Kubikmeter auf rund 3,20 Schilling pro Kubikmeter zugenommen. Allein die E-Werke haben dadurch eine Kostensteigerung von einer Milliarde Schilling gegenüber 1981 zu tragen.

Die Gasabgabe wird 1982 voraussichtlich um 8,3 Prozent steigen. Auch hier führt eine Erhöhung der Erdgasbezugspreise zu schwerwiegenden Auswirkungen auf den Wirtschaftsplan. Gegenüber 1980 ist eine Steigerung der Rohstoffkosten um 1,1 Milliarden zu erwarten.

Die Verkehrsbetriebe rechnen im Jahre 1982 mit rund 443,6 Millionen Beförderungen. Die Verkehrsbetriebe werden durch verschiedene Geldzuflüsse entlastet. Trotzdem sind Tarifierhöhungen notwendig, da Investitionen getätigt werden und der Personalaufwand steigt. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Wirtschaftsplan der Stadtwerke

=++++

30 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Die städtische Bestattung veranschlagt einen Gewinn von rund 1,4 Millionen. Die Wiener Stadtwerke werden 1982 für Investitionen rund 2,5 Milliarden benötigen.

StR. Hofmann wies darauf hin, daß im vergangenen Jahr 3.000 undichte Stellen im 2.800 Kilometer langen Wiener Hauptrohrnetz repariert wurden. Für die Reparatur an der Hauszuleitung sind die Hausherren verpflichtet. Derzeit wird geprüft, welche Möglichkeiten bestehen, daß die Reparatur an Hauszuleitungen noch rascher durchgeführt werden. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Wirtschaftsplan der Stadtwerke

=++++

31 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl. Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) sagte, daß der Versuch einer Sanierung der Verkehrsbetriebe durch die Tarifreform schon jetzt als gescheitert betrachtet werden kann. Es werden nach diesem Beschluß für das kommende Jahr nur noch 343 Millionen Beförderungsfälle erwartet. Der Verlust wird um 135,9 Millionen auf zwei Milliarden steigen. Die Abdeckung der Verluste durch die Hoheitsverwaltung ist als bedenklicher Freibrief für die Verkehrsbetriebe anzusehen. Zu den Preissteigerungen bei den Strom- und Gasstarifen sagte Pawkowicz daß diese nur teilweise auf die von der SPÖ immer wieder ins Treffen geführten steigenden Rohstoffpreise zurückgeführt werden können. Immer wieder werden finanzielle Mittel von den Energiebetrieben der Stadt Wien zur Deckung der Verluste der Verkehrsbetriebe herangezogen. Diese Mittel fehlen dann bei den Investitionen. Fremdmittel werden aufgenommen, was wiederum die Liquiditätssituation der Energiebetriebe verschlechtert und letzten Endes die Preisspirale anheizt. Pawkowicz stellte daher den ANTRAG, eine klare wirtschaftliche Trennung zwischen den Energiebetrieben und den Verkehrsbetrieben vorzunehmen und eine genaue Aufstellung der notwendigen Erhöhungen bei Strom und Gas mit und ohne die steigenden Einstandspreise für Energie auszuarbeiten. (Forts.)
gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Wirtschaftsplan der Stadtwerke

=++++

31 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl. Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) sagte, daß der Versuch einer Sanierung der Verkehrsbetriebe durch die Tarifreform schon jetzt als gescheitert betrachtet werden kann. Es werden nach diesem Beschluß für das kommende Jahr nur noch 343 Millionen Beförderungsfälle erwartet. Der Verlust wird um 135,9 Millionen auf zwei Milliarden steigen. Die Abdeckung der Verluste durch die Hoheitsverwaltung ist als bedenklicher Freibrief für die Verkehrsbetriebe anzusehen. Zu den Preissteigerungen bei den Strom- und Gastarifen sagte Pawkowicz daß diese nur teilweise auf die von der SPÖ immer wieder ins Treffen geführten steigenden Rohstoffpreise zurückgeführt werden können. Immer wieder werden finanzielle Mittel von den Energiebetrieben der Stadt Wien zur Deckung der Verluste der Verkehrsbetriebe herangezogen. Diese Mittel fehlen dann bei den Investitionen. Fremdmittel werden aufgenommen, was wiederum die Liquiditätssituation der Energiebetriebe verschlechtert und letzten Endes die Preisspirale anheizt. Pawkowicz stellte daher den ANTRAG, eine klare wirtschaftliche Trennung zwischen den Energiebetrieben und den Verkehrsbetrieben vorzunehmen und eine genaue Aufstellung der notwendigen Erhöhungen bei Strom und Gas mit und ohne die steigenden Einstandspreise für Energie auszuarbeiten. (Forts.)
gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Wirtschaftsplan der Stadtwerke

=++++

33 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Stromversorgung schlug die ÖVP vor, sagte Ammann, mit der Verbundgesellschaft in Verhandlungen über eine Vorziehung der Staustufe Wien und über eine Änderung des Aufteilungsschlüssels zwischen der Verbundgesellschaft und den Wiener E-Werken bei der Stromversorgung einzutreten. Bezüglich des Standortes eines kalorischen Kraftwerkes sind genaue Untersuchungen sowie Kosten-Nutzen-Rechnungen nötig, um eine Entscheidung zu treffen. Es bestehe ein Widerspruch zwischen einer Äußerung von StR. HOFMANN, daß eine Entscheidung über den Bau eines kalorischen Kraftwerkes nicht aktuell sei, und dem Fünfjahresplan der Wiener Stadtwerke, daß ein solches Kraftwerk bereits 1986 in Betrieb gehen soll.

Wohnstraßen sind eine hervorragende Idee, es sei jedoch bisher nichts weiter gegangen, sagte Ammann. Dies gelte auch für Beschleunigungsmaßnahmen für den öffentlichen Verkehr. Interventionen dürfen in diesem Zusammenhang nicht als Ausrede gebraucht werden. Von Park-and-Ride sei nichts zu merken, beim Lärmschutz gehe nicht viel weiter. Die Einstellung der U 2/4 sei typisch für die Wiener Verkehrspolitik. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Wirtschaftsplan der Stadtwerke

=++++

34 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) verwies auf die großen Probleme der Energieversorgung eines Ballungsraumes wie Wien. Es müsse die Verteuerung der Primärenergie bewältigt werden, dazu kommen die Probleme des Energietransportes und der Energielagerung. Zur Überbrückung des Tagesspitzenbedarfes werden im nächsten Jahr die Kugelgasbehälter zur Verfügung stehen. Während in den Wintermonaten der Tagesspitzenbedarf zehnmal höher liege als im Sommer, gäbe es keine Engpässe in der Versorgung. Damit erfüllen die Wiener Stadtwerke eine wichtige Funktion, nämlich der Wirtschaft die benötigte Energie zu sichern. Damit tragen die Wiener Stadtwerke auch zur Sicherung der Arbeitsplätze in Wien bei.

Die Umstellung auf Erdgas, die 1978 abgeschlossen wurde, hat es auch ermöglicht, betonte GR. Hengelmüller, umweltfreundlichere Beheizungen in der Großstadt zu installieren. Auch die Fernwärmeversorgung sei umweltfreundlich. Gleichzeitig ist damit eine enorme Einsparung an Heizöl zu erreichen. Diese Einsparung beträgt 1982 ca 50.000 Tonnen Heizöl im Wert von 300 Millionen.

Die von den beiden Vorrednern geforderte Trennung des Ressorts in Energie und Verkehr lehnte GR. Hengelmüller ab, da sich die Zusammenlegung bewährt hat. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Wirtschaftsplan der Stadtwerke

=++++

35 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) "Der SPÖ fehlt ein klares Konzept für eine vernünftige Energiepolitik", sagte GR. HAUBENBURGER (ÖVP). Die Wiener Stromversorgung liege zu zwei Dritteln bei der Stadt Wien. Um die ausreichende Versorgung für die nächsten Jahre sicherzustellen, muß nun geklärt werden, wo das dritte Blockkraftwerk gebaut werden soll. Außerdem muß eine finanzielle Basis geschaffen werden. Jede sich bietende Möglichkeit der Energieeinsparung und -wiederverwertung müsse genutzt werden, um den künftigen Bedarf decken zu können. Die Budgetsanierung über den Energiepreis sei abzulehnen. Er forderte eine "seriöse Tarifpolitik" statt einer Tarifmechanik. Weiter verlangte Haubenburger die versprochene schrittweise Einführung des Modells der Safe, nach dem sich die Baukostenzuschußpflicht weitgehend nach dem Verbrauch richtet. Im Bereich der Fernwärme lasse die Koordinierung der Wiener Energiepolitik sehr zu wünschen übrig. Er bezeichnete eine einheitliche Organisation aller Energieunternehmen (einschließlich einer Eingliederung der Heizbetriebe Wien) als wirtschaftliche Notwendigkeit. Weiter sprach er sich gegen eine dreischienige Versorgung (Fernwärme, Gas, Strom) aus wirtschaftspolitischen Gründen aus - eine zweischienige reiche aus. Er verwies darauf, daß bis zu 10 Prozent des gesamtösterreichischen Energieverbrauchs durch energiebewußtes Bauen und rationelles Heizen im Wohnbau eingespart werden könnten. Die ÖVP werde im Interesse der Wiener Bevölkerung und der Glaubwürdigkeit der Wiener Energiepolitik konsequent die Fortschreibung des Energiekonzeptes verlangen und Zwischenberichte der Öffentlichkeit vorlegen. Er forderte abschließend die Schaffung eines eigenen Energieressorts. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Wirtschaftsplan der Stadtwerke

=++++

36 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Verkehrsbetriebe haben 8.400 Beschäftigte, stellte GR. HAAS (SPÖ) fest. 3.600 sind unmittelbar im Fahrbetrieb tätig, 2.600 sorgen für den Wagenpark, 910 für das Funktionieren der Lichnanlagen. Außerdem stehen 200 Lehrlinge bei den Verkehrsbetrieben in Ausbildung. Die Zahl der Beförderungen ist ständig im Steigen. Die Prognose der Beförderungsfrequenz im Fünf-Jahres-Plan 1980-1984 wurde übertroffen. Diese Zahlen zeigen, daß die Verkehrsbetriebe ein leistungsfähiges attraktives Unternehmen sind, an dem oft unsachliche Kritik geübt wird.

Die Tarifreform ist ein Wegweiser in die Zukunft. Die Tarife sind so gestaltet, daß die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel gesteigert und Autofahrer ein größerer Anreiz zum Umsteigen geboten wird. Vorteile der Tarifreform sind die Anpassung an die österreichische Bundesbahnen, verbilligte Netzkarten für Pensionisten und die Angleichung der Lehrlingsnetzkarten an die Schülernetzkarten. Eine Jahresnetzkarte wird billiger kommen, als die Fünf-Tages-Wochenkarte derzeit pro Jahr kostet. Die Tarifeinnahmen machen jedoch nur ein Fünftel der Gesamtausgaben der Wiener Verkehrsbetriebe aus.

GR. Haas wies auf die zahlreichen Serviceeinrichtungen bei Straßenbahn und U-Bahn hin: zum Beispiel auf die Informationsfahrten für Schüler und Senioren und auf die U-Bahn-Kurse für Senioren. 587 Millionen Schilling fließen in Aufträge an die Privatwirtschaft. Zu 60 Prozent profitieren davon Wiener Firmen. Schwarzfahren und Vandalismus haben in den letzten Jahren zugenommen, bedauerte GR. Haas. Störungen bei den Verkehrsbetrieben sind zu einem großen Teil auf das fremde Verschulden zurückzuführen. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Wirtschaftsplan der Stadtwerke

=++++

37 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort drückte Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ) zunächst allen Bediensteten der Stadtwerke seinen Dank für ihre Arbeit im Dienst der Gemeinschaft aus.

Zur Kritik der ÖVP sagte Hofmann, daß diese sich erst seit dem Zeitpunkt, seitdem die SPÖ dieses Ressort verwaltet, so kritisch damit auseinandersetzt. Zum Antrag von GR. Pawkowicz, eine Entflechtung der Energie und Verkehrsbetriebe vorzunehmen, bemerkte Hofmann, er könne sich eine Konzentration der Energieagenden durchaus vorstellen. Zur Frage der Tarife der Verkehrsbetriebe sagte Hofmann, man könne nicht gegen eine Tarifregulierung und eine Subventionierung beim Massenverkehr gleichzeitig auftreten. Zu den von GR. Ammann angeführten Punkten bemerkte er, daß die Vergaberichtlinien im Herbst 1980 geändert wurden. Betreffend den Ausbau der Staustufe Wien gleichzeitig mit der Donauinsel sei zu sagen, daß hier gewisse Einsparungen möglich sind, daß allerdings die Wiener Staustufe die geringste Stromausbeute mit sich bringt. Jedenfalls kann diese Staustufe den weiteren geplanten Kraftwerksausbau mit Kohle oder Gas nicht ersetzen. Allerdings wird ein derartiges Kraftwerk auf Grund des voraussichtlich geringer als angenommen wachsenden Strombedarfs erst 1988 oder 1989 in Betrieb gehen müssen. Damit ist auch die Entscheidung aufschiebbar, ob Kohle oder Gas verwendet wird. Zu den Ausführungen von GR. Haubenburger sagte Hofmann, daß auch er sich für die Bemühungen einsetze, die Tarifgestaltung für Energie in Wien und in Niederösterreich anzugleichen.

ABSTIMMUNG: Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Der Antrag der FPÖ bezüglich Entflechtung der Energie und der Verkehrsbetriebe wurde dem Ausschuß für Straße, Verkehr und Energie einstimmig zugewiesen. (Forts.)
gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Volksbefragung Steinhofgründe

=++++

38 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Der Antrag der SPÖ auf Besprechung der Mitteilung von Stadtrat NEKULA über die Ergebnisse der Volksbefragung wurde zurückgezogen.

Auf die Verlesung und dringliche Behandlung des ÖVP-Antrages über die Konsequenzen der Volksbefragung über die Steinhofgründe wurde verzichtet. Zur Begründung des Antrages meldete sich Viezbürgermeister Dr. BUSEK (ÖVP) zu Wort: Ein Punkt des Antrages, die Öffnung der Steinhofgründe, wird demnächst erfüllt. Dennoch ist der ÖVP-Antrag notwendig, weil der SPÖ-Antrag nicht alle Materien umfaßt. Formel besteht etwa die Gefahr, daß auf den Steinhofgründen eine Waldschule entstehen könnte. Der Antrag der ÖVP stellt eine notwendige Ergänzung des SPÖ-Antrages dar. Busek ersuchte, diesen Antrag dem Bürgermeister zuzuweisen.

GR. SALLABERGER (SPÖ) stellte fest, daß durch den SPÖ-Antrag, der vom Gemeinderat einstimmig beschlossen wurde, dem Ergebnis der Volksbefragung Rechnung getragen wird. Das Argument einer möglichen Waldschule bezeichnete Sallaberger als unernst. Es sei selbstverständlich, daß auf den Steinhofgründen, die nunmehr der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, auch kein anderes Bauvorhaben verwirklicht wird.

Der ÖVP-Antrag wurde vom Vorsitzenden zugewiesen. Die am Montag begonnene Sitzung des Gemeinderates war damit beendet. (Forts.)
ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Wohnhausanlage Siebenbürgerstraße

=++++

39 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Um 18 Uhr eröffnete GR. HÄRTL (ÖVP) eine weitere Sitzung des Gemeinderates.

Zum Antrag von GR. LUDWIG (SPÖ, betreffend die Instandsetzung der städtischen Wohnhausanlage, 22, Siebenbürgerstraße 2-12 und 16-22, mit einem Kostenerfordernis von 97 Millionen Schilling meldete sich GR. HAHN (ÖVP) zu Wort. GR. Hahn forderte grundsätzlich, daß auch bei Gemeindebauten so wie bei jedem Privathaus eine separate Abrechnung gemacht werden müsse. Nur so könnten die Mieter die Abrechnung überprüfen.

Da mit 1. Jänner die Mietrechtsnovelle in Kraft tritt, wird mit Mehreinnahmen von 700 Millionen gerechnet, die als Erhaltungsbeitrag zur Renovierung der städtischen Wohnhausanlagen eingehoben werden sollen. Er stellte namens der ÖVP den ANTRAG, für alle städtischen Wohnhausanlagen solle künftig eine gesonderte Mietzinsreserve erstellt werden. Weiter möge dem zuständigen Gemeinderatsausschuß ein Bericht betreffend die erhöhten Mieteinnahmen 1982 vorgelegt werden. Dieser Bericht solle klären, welche Wohnhausanlagen davon betroffen sind, ab wann die Mietenerhöhungen eintreten werden und wie hoch die Mehreinnahmen auf Grund der Mietenerhöhungen 1982 sein werden. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Wohnhausanlage Siebenbürgerstraße

=++++

40 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat HATZL (SPÖ) stellte fest, daß im gegenständlichen Fall an diesem Gemeindebau auch Arbeiten zur besseren Wärmedämmung durchgeführt werden. Die Mieter werden durch die Wohnhäuserverwaltung informiert, was und wie gemacht werden soll, sowie welche Kosten damit verbunden sind. Zum Antrag der ÖVP betonte Stadtrat Hatzl, daß es die Einzelabrechnung auch jetzt gebe. Es werde jede Einzelleistung dem jeweiligen Haus zu- und angerechnet. Es sei allerdings schwierig, schon heute zu beantworten, welche Objekte mit welchem finanziellen Aufwand 1982 saniert bzw. hergerichtet werden. "Ich werde keinen Erhaltungsbeitrag kassieren, den ich später verzinst zurückzahlen muß". Es müsse gleiches Recht für alle gelten, aber die Stadt Wien sei großzügiger. "Die Stadt Wien wird jene Beträge", sagte Hatzl, "die an sich eine Rendite des Hauses sind, zur Gänze der Erhaltung des Hauses zuführen".

Abstimmung: Einstimmig angenommen. Der Beschlußantrag wurde einstimmig dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen. (Forts.)

fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Gebührenerhöhungen

=++++

41 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MAYR (SPÖ) beantragte eine Erhöhung der Wassergebühren, des Müllabfuhr-Abgabentarifes und der Kanalgebühren, um den Kostendeckungsgrad im kommenden Jahr zu erhöhen. Bei der Wassergebühr ist eine Erhöhung um zehn Prozent (künftig 8,80 S pro Kubikmeter), bei der Müllabfuhr um 17,97 Prozent (bei Kleinstgefäßen mehr) und bei der Kanalgebühr von 2,40 S auf 4 S vorgesehen. Stadtrat Mayr wies darauf hin, Preise für Leistungen der Stadt Wien müßten marktgesetzlichen Überlegungen entsprechen, da eine deutliche Unterschreitung zu einer überdurchschnittlichen Inanspruchnahme führen würde.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) kritisierte, daß die Erhöhung der Wassergebühren Jahr für Jahr über den Indexsteigerungen und den Lohnabschlüssen liege. Bei steigendem Verbrauch werde auf erhöhten Investitionsbedarf, bei geringem Verbrauch auf zu wenig Auslastung der Anlagen als Grund für die Erhöhung verwiesen. Bei der Müllabfuhr entspricht die Erhöhung ungefähr dem Pauschalvertrag mit der Firma Rinter. Ausgehend davon, daß die bisherigen Zahlungen an sie ein Vorschuß sind, könnte dieser erst ausgeschöpft werden, statt neue Einnahmen zu erschließen. Die Kanalgebühren brächten eine katastrophale Belastung.

GR. DALLER (ÖVP) urgierte Unterlagen über den Kostendeckungsgrad. Es sei unzulässig, die kalkulatorischen Zinsen und die Kosten der EBS, soweit sie das vereinbarte Entgelt für die Klärschlammverbrennung übersteigen, in die Berechnung einzubeziehen. Bei den Kanalbenutzungskosten dürften die Investitionen und die Darlehenstilgungen aus dem Wasserwirtschaftsfonds nicht berechnet werden. Bei der Verrechnung wären sonstige Einnahmen sowie der Gegenwert des Selbstbehaltes für Straßenabwässer abzuziehen. Daller forderte eine Degression für Großeinleiter. Die beabsichtigten Preissteigerungen seien kräftig überhöht und für zahlreiche Betriebe nicht zu verantworten. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener gemeinderat (34)

Utl.: Gebührenerhöhungen

=++++

42 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ) wies auf den geringen Kostendeckungsgrad der Gebühren hin. Von 31 Gebühren sind nur zwei kostendeckend. Der Wasserverbrauch ist in Wien seit Jahren konstant geblieben. Die Menschen haben zur Kenntnis genommen, daß Wasser ein Gut ist, das nicht in unbegrenzter Fülle zur Verfügung steht. Die Müllabfuhr funktioniert in Wien so klaglos wie kaum in einer anderen Großstadt. Auch hier sind die Gebührenerhöhungen gerechtfertigt. Die Kanalbenützungsgebühr erhöht sich am stärksten, weil die Hauptkläranlage als Bestandteil des Anlagevermögens bei der Vergebührung mitgerechnet wird. Die Berechnung der Gebühren erfolgen nach einem Vorschlag des Rechnungshofes. Für den Konsumenten mit einer durchschnittlich großen Wohnung von 70 Quadratmeter wird die Mehrbelastung 38,5 S pro Monat betragen. Auch bei den Gewerbe- und Industriebetrieben wird die Belastung tragbar sein, weil der Kostenfaktor Wasser, Müll und Abwasser in den meisten Fällen weniger als ein Prozent der Gesamtbelastungen der Betriebe ausmacht. GR. Hofstetter regte an, den Konsumenten auf die Möglichkeiten von Wassereinsparungen aufmerksam zu machen. Die neuen Gebühren seien wirtschaftlich begründet, budgetär notwendig und für den Konsumenten tragbar.

Stadtrat MAYR (SPÖ) stellte in seinem Schlußwort fest, daß die Beamten die Gebührenberechnung auf Grund eines Landesgesetzes vornehmen. Das Ergebnis des Voranschlages unterliegt der Kontrolle des Kontrollamtes und des Rechnungshofes. Es gibt kein privates Unternehmen, dessen Kalkulationsunterlagen einer solchen Kontrolle unterworfen sind. Das Ziel sei eine Wirtschaftsordnung, in der nicht jeder Einzelne ohne Rücksicht auf die Gesellschaft und vorhandene Ressourcen wirtschaften.

ABSTIMMUNG: Die Gebührenerhöhungen wurden mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Subvention

=++++

43 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) GR. PROCHASKA (ÖVP) beantragte, dem Verein Wiener Symphoniker eine Subvention von 49,6 Millionen S zu gewähren.

GR. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP) kritisierte, daß die Wiener Symphoniker trotz diesbezüglicher Versprechungen von Kulturstadtrat Dr. Zilk noch immer keine Frauen im Orchester beschäftigen. Es sei Zilk also nicht gelungen, der angekündigten Emanzipation der Frau im Orchester zum Durchbruch zu verhelfen

Kulturstadtrat Dr. ZILK (SPö) wies darauf hin, daß die Sozialisten schon in der Zeit des konservativen Patriarchats für die Emanzipation der Frau gekämpft hätten. Er selbst sei bereits in seiner Zeit als Junglehrer ein Vorkämpfer der Koedukation- einer Voraussetzung der Emanzipation gewesen. Er habe sofort nach seinem Amtsantritt die Möglichkeit der Aufnahme von Frauen in das Orchester gefordert. In unzähligen Gesprächen und bei Orchesterversammlungen habe er sich dafür eingesetzt. Es liege jedoch in der Natur der Sache, daß eine 60jährige Tradition in der Zeit von zweieinhalb Jahren nicht aufzuheben ist. Wegen der hohen Sensibilität, die eine Spitzenorchester - und das sind die Symphoniker jetzt - auszeichnet, wolle er den letzten Weg, den der Anordnung, nur im äußersten Fall beschreiten. Auf jeden Fall werde es nicht mehr lange dauern, bis die Emanzipation der Frau bei den Wiener Symphonikern erreicht sein wird.

In einer zweiten Wortmeldung betonte GR. FLEMMING die Rolle der bürgerlichen Frauen in der Frühzeit der Emanzipationsbewegung.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

(Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Dramatisches Zentrum

=++++

45 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Hildegard WONDRATSCH (SPÖ) beantragte die Genehmigung von Förderungszuschüssen an verschiedene Vereinigungen in der Gesamthöhe von 2,4 Millionen Schilling.

GR. PROCHASKA (ÖVP) wies darauf hin, daß sich in der Liste der zu fördernden Vereinigungen auch das Dramatische Zentrum befindet. Er ersuchte in diesem Zusammenhang um eine getrennte Abstimmung. Auch im Unterrichtsministerium beginnt man am Dramatischen Zentrum zu zweifeln und verlangt eine Reform.

Wir unterstützen die Kultur in unserer Stadt, ohne sie zensurieren zu wollen, sagte GR. STRANGL (SPÖ). Das Dramatische Zentrum bietet auch unbekanntem Autoren Möglichkeiten. Es ist Theater, Ausbildungsstätte und Stätte der Kreativität. Das Presseecho ist sehr positiv. In der Budgetdebatte klagte die ÖVP, daß zu wenig im Bereich unkonventioneller Kultur geschieht. Jetzt, im konkreten Fall, ist sie dagegen.

In ihrem Schlußwort erklärte GR. Hildegard WONDRATSCH (SPÖ), daß es für die ÖVP gewisse Feindbilder gebe, die es ihr unmöglich machen, ein objektives und positives Urteil zu fällen.

ABSTIMMUNG: Die Förderungszuschüsse mit Ausnahme des Dramatischen Zentrums wurden einstimmig, der Förderungszuschuß in Höhe von 500.000 Schilling für das Dramatische Zentrum wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ genehmigt. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Subvention für "Die Komödianten"

=++++

46 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm.Dr. AIGNER (SPÖ) stellte den Antrag, dem Theater "Die Komödianten" einen einmaligen zusätzlichen Subventionsbetrag von 350.000 S zu gewähren. GR. PROCHASKA (ÖVP) lehnte diesen Antrag mit der Begründung ab, daß es bei der Abrechnung dieses Theaters immer wieder Fehler und Mißstände gäbe. Prochaska hob aber hervor, daß seine Ablehnung der Subvention nicht als politische Zensur verstanden werden dürfe.

GR. WINDHAB (SPÖ) verteidigte das Theater "Die Komödianten". Es sei eine ganz ausgezeichnete Bühne. Der Direktor des Theaters, Conny Hannes Meyer, sei ein hervorragender Regisseur der auch im Ausland bereits viel Erfolg erzielt habe. Bezüglich der von GR.Prochaska behaupteten Mängel in der Abrechnung und Verrechnung stellte Windhab fest, daß das Kontrollamt beauftragt sei, die Abrechnungen zu überprüfen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

(Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Wien aktuell-Wochenblatt

=++++

47 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) beantragte 168.000 S pro Ausgabe der Wochenzeitung "Wien aktuell-Wochenblatt", die Betriebszeitung für Mitarbeiter der Stadt Wien.

GR. FÜRST (ÖVP) gab seiner Ansicht Ausdruck, die Zeitschrift habe teilweise unobjektiv und einseitig berichtet. Unter anderem wurde groß über die Nachfolge des sozialistischen LandesparteiSekretärs berichtet, die Ablehnung der Wahl von Stadtrat Hofmann durch ÖVP und FPÖ wurde kritisiert. Es sei auch davon die Rede gewesen, daß die ÖVP den Bau von 5.000 Wohnungen abgelehnt habe, während es dieser nur um das "wo" und an wen ging.

In seinem Schlußwort betonte GR. RIEDLER, es sei wichtig, daß die Mitarbeiter einer Opposition oder eines Betriebes immer richtig informiert werden. Viele Mitarbeiter aus der Stadtverwaltung haben sich ihm gegenüber positiv über die Zeitung geäußert. Auch bei einer Betriebszeitung müssen die Journalisten ein Minimum an journalistischer Freiheit haben - dazu gehört auch Kritik. Es wurden auch Reportagen über ÖVP-Mandatäre gebracht, und hätte es einen Wechsel des ÖVP-LandesparteiSekretärs gegeben, wäre auch darüber berichtet worden. Die Berichterstattung über die Parteien sei ausgewogen, und auch die ÖVP sei immer wieder zu Wort gekommen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen.

(Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Palais Harrach

=++++

48 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Den Ankauf des Palais Harrach in der Inneren Stadt beantragte GR. MRKVICKA (SPÖ). Der Kaufpreis wird 51,6 Millionen S betragen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) begrüßte den Ankauf des Palais als eine kulturpolitisch sinnvolle Aufgabe der Stadtverwaltung. Das Palais habe sich lange Zeit im Besitz der Gesiba befunden. Daß es keinen Interessenten zum Ankauf gab, lag offensichtlich an den hohen Folgekosten für die Revitalisierung. Die FPÖ werde diesen Antrag zustimmen, den Ankauf des Gebäudes auf der Lerchenfelder Straße 2a - 4 jedoch ablehnen.

Stadtrat Dr. GOLLER (ÖVP) erinnerte daran, daß es bereits vor acht Jahren ein Projekt gab, daß die großzügige Revitalisierung des Gebäudekomplexes Harrach-Ferstl-Hardegg vorsah. Dieses Projekt wurde auch vom Bürgermeister vorgestellt. Die ÖVP wird dem Antrag nicht zustimmen, sagte Goller, da die Steuerzahler nicht die Erbschaft des ehemaligen Gesiba-Direktors Muchna ausbaden sollen. Die Gesiba hat das Palais Harrach 1975 um 29,3 Millionen S verkauft. Heute kauft die Stadt Wien von ihrer Tochtergesellschaft das Objekt um 51,6 Millionen S. Die Adaptierungskosten werden weitere 70 Millionen S betragen. Die ÖVP sei für die Altstadterhaltung, aber gegen eine neue Residenz für Kulturstadtrat Zilk. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (40)

Utl.: Palais Harrach

=++++

49 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Kulturstadtrat Dr. ZILK (SPÖ) betonte die große Bedeutung des Palais Harrach für das Stadtbild im Bereich der Freyung, wo die Revitalisierung der übrigen Gebäude bereits weitgehend abgeschlossen ist. Der schlechte Zustand des Palais und die bauliche Struktur mit seinen Repräsentationsräumen und der Galerie lassen keine andere Verwendung als die für kulturelle Zwecke zu. Er selbst brauche dieses Palais nicht für sich, sagte Zilk, aber es eigne sich hervorragend als Kulturtreff für die Innere Stadt und als Galerie für österreichische Künstler. Zusätzlich könne man eben das Kulturamt der Stadt Wien und den Bürgerdienst dort unterbringen. Mit der Öffnung der Höfe nach der Renovierung könne hier ein lebendiges Zentrum im Herzen der Stadt entstehen. Die ÖVP sage immer, daß zuwenig für die Erhaltung der Altstadt getan werde, wenn etwas wesentliches wie hier geschehe, sei sie auch wieder dagegen.

In seinem Schlußwort sagte GR. MRKVICKA (SPÖ) im Bezug auf die Wortmeldung von GR. Dipl.-Ing.Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), daß Stadtrat Veleta die Verwendung des Gebäudes am Friedrich-Schmidt-Platz nach der Übersiedlung des Kulturamtes in Erwägung ziehen werde. Zur Wortmeldung von Stadtrat Dr. Goller sagte er, daß beim Ankaufspreis des Palais Harrach allein zwölf Millionen auf Nebenkosten entfallen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (41)

Utl.: Lerchenfelder Straße 2a - 4

=++++

50 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) beantragte den Kauf der Liegenschaft in Wien 8, Lerchenfelder Straße 2a - 4, zur Unterbringung städtischer Dienststellen und eines Pensionistenklubs.

Noch vor Bewilligung dieser Transaktion im Gemeinderat gab der Magistrat dem Verkäufer eine Reihe verbindlicher Aufträge, sagte StR. Dr. GOLLER (ÖVP). Dies sei eine Mißachtung des Gemeinderates und ein Verstoß gegen die Rechtsvorschriften. Der Kauf liegt nicht im Interesse des Bezirkes Josefstadt. Die Bezirksvertretung des achten Bezirks trat einstimmig für die Einrichtung eines Pensionistenheimes ein. Eine wirkungsvolle Stadterneuerung wird in Anbetracht eines Sparbudgets durch diesen Beschluß in Frage gestellt.

Ein Pensionistenheim ist ein berechtigter Wunsch der Josefstadt, sagte GR. DINHOF (SPÖ). Seit Jahren wird ein geeignetes Grundstück gesucht. Das Grundstück Blinderngasse konnte von der Stadt Wien nicht gekauft werden. Dort würde ein Pensionistenheim heute schon fast fertig sein. Der Antrag der Bezirksvertretung, zu prüfen, ob es nicht möglich ist, auf der Lerchenfelder Straße 2a - 4 ein Pensionistenheim einzurichten, ist verständlich. Die Prüfung ergab aber, daß dies aus bautechnischen und wirtschaftlichen Gründen unmöglich ist. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (42)

Utl.: Lerchenfelder Straße 2a bis 4

=++++

51 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat VELETA (SPÖ) nannte jene Magistratsabteilungen, die in diesem Bürogebäude untergebracht werden sollen. Es sind dies die MA 6, 12, 37, 40, 62 und 69. Weiter soll in dem Amtsgebäude ein Pensionistenklub eingerichtet werden. "Derzeit sind die Mitarbeiter dieser Magistratsabteilungen vielfach unter schlechten Bedingungen untergebracht" sagte Stadtrat Veleta. Außerdem berge der Erwerb dieses Bürogebäudes insofern Einsparungen, als man die derzeit angemieteten Büroräume nicht mehr benötigen wird. In das freiwerdende Gebäude am Schmidtplatz soll die Magistratsabteilung 32 einziehen. Auch hier ergeben sich weitere Einsparungen an Mietkosten. Das neue Amtsgebäude sei sicher geeignet, einen besseren Kontakt zwischen der Bevölkerung und den dort untergebrachten städtischen Dienststellen herzustellen. Es gäbe auch in der Tiefgarage genügend Parkplätze für Besucher und Beamte.

Überall ist man bemüht, den Mitarbeitern bessere Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Es gehe auch darum, den Mitarbeitern der Stadt Wien ihre Arbeit zu erleichtern, sagte Stadtrat Veleta.

GR. SVOBODA hob in seinem Schlußwort hervor, daß beim Antrag für den Bau des Bürogebäudes seitens des Bezirkes kein Einwand erhoben worden sei.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (43)

Utl.: Schlußansprache des Bürgermeisters

=++++

52 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister GRATZ sagte in seiner Schlußansprache, er danke Stadtsenat, Gemeinderat und Bezirksvertretungen für ihre Arbeit im Interesse aller Wienerinnen und Wiener. Allen Mitarbeitern der Stadt Wien dankte er im Namen der Gemeinderatsmitglieder. Der Dank gilt besonders jenen, die zu den kommenden Feiertagen tätig sein werden.

Gratz ging anschließend auf die Situation in Polen ein und sagte, nach Rücksprache mit allen Fraktionen des Gemeinderates habe er erklärt, daß sich das Land Wien selbstverständlich am Nationalkomitee für Polenhilfe beteiligt. Die gewählten Mandatäre müssen sich ihren humanitären Traditionen bewußt sein. Österreich werde seine Funktion als politisches Asylland fortführen. Aber auch die anderen Nationen sollten ihre Verantwortung erkennen.

Aus vollem Herzen wünschte er allen Mitbürgern, allen Wienerinnen und Wienern, ein schönes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 1982. Es solle uns und der Menschheit möglich machen, daß der Friede erhalten bleibe.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 22 Uhr. (Schluß) and/ap
(Ende des Sitzungsberichtes)

NNNN

Gratz ordnet Öffnung der Steinhofgründe an

=++++

11 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ hat die ehestmögliche Öffnung der Steinhofgründe angeordnet. Vorher müssen allerdings noch einige notwendige Arbeiten durchgeführt werden, vor allem auf den Spazierwegen und zur eindeutigen Abtrennung des Spitalsgeländes vom allgemein zugänglichen Bereich. Es ist geplant, diese Arbeiten bis 23. Dezember abzuschließen, doch könnte sich aus den Witterungsverhältnissen eine Verzögerung von einigen Tagen ergeben. Vor allem die tiefen Temperaturen, die den Boden gefrieren lassen, bedeuten eine wesentliche Erschwernis der Arbeiten. (Schluß) sti/ap

NNNN

Gratz empfing "Plakat-Beamte"

=++++

13 #Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ empfing Donnerstag in seinem Arbeitszimmer jene zwölf Wiener Gemeindebediensteten, die im Rahmen der Informationskampagne über die Bediensteten der Stadt Wien stellvertretend für ihre 59.704 Kolleginnen und Kollegen auf Plakaten und in Inseraten vorgestellt worden waren. #

Bürgermeister Leopold GRATZ bedankte sich persönlich bei den zwölf Gemeindebediensteten. Die Informationskampagne sei notwendig gewesen, sagte er in seiner kurzen Ansprache, um der Wiener Bevölkerung zu zeigen, daß der persönliche Einsatz jedes einzelnen Gemeindebediensteten für das Funktionieren unserer Stadt erforderlich ist. Der für das Informationswesen der Stadt Wien verantwortliche Stadtrat Peter SCHIEDER schloß sich dem Dank des Bürgermeisters an. (Schluß) schw/gg

NNNN